

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Frankreich als Warnung

Bruno Muralt, ein jüngerer Schweizer Gewerkschafter, der auf der 4. Bundesjugendkonferenz des DGB in Kassel im Mai dieses Jahres im Namen der ausländischen Gäste eine stark beachtete Ansprache hielt, veröffentlicht in der von ihm redigierten, vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund herausgegebenen Monatsschrift *Gewerkschafts-Jugend* (Nr. 9) einen Aufsatz über die bisherigen Erfahrungen mit dem Regime de Gaulle. Muralt stellt fest, daß Frankreichs große Sorgen geblieben sind und daß de Gaulle schweigt: „Er hat die Karten noch nie auf den Tisch gelegt und seinen Mitbürgern offen gesagt, wie die Dinge in Frankreich und Algerien liegen. So schweigen auch die Franzosen, mit wenigen Ausnahmen. Ihr Führer scheint ihrer Hilfe ja nicht zu bedürfen. Es ist ein bedrückendes Schweigen. Man hat den Eindruck, ein ganzes Volk sehe wie gelähmt zu, wie man seine Jugend an die Schlachtbank führt

und sein Land ruiniert. Darüber hinaus bringt Frankreich uns alle in Gefahr. Seine Politik hilft mit, den Haß gegen den weißen Mann bei den Völkern Afrikas und Asiens immer unheilvoller zu vertiefen. Und indem es sich selber schwächt, schwächt Frankreich auch Europa. Es ist daher auch unsinnig, wenn gewisse französische Politiker immer wieder behaupten, das Algerienproblem sei eine Angelegenheit, die nur Frankreich allein angehe.

Wir wissen nicht, wie die Dinge in Frankreich enden werden. Wir fürchten, nicht gut. Das kann uns nur schmerzen, nicht zuletzt, weil es tausend Gründe gibt, die uns Frankreich und das französische Volk lieben lassen — trotz allem. Aber für uns alle ist das, was in Frankreich geschehen ist und weiter geschieht, auch eine Lehre. Es zeigt uns, wie dumm und gefährlich es ist, wenn ein ganzes Volk sozusagen freiwillig abdankt und es einem »starken Mann« überläßt, seine Geschicke zu bestimmen. Zuletzt wird dieses Volk sich doch noch rühren müssen, wenn es nicht mit geschlossenen Augen in den Abgrund schlittern will.“

Verschlechterung der amerikanisch-deutschen Beziehungen

Unser Mitarbeiter *Dr. Hans Steinitz*, der seit zwölf Jahren als Korrespondent großer Schweizer und deutscher Zeitungen in New York lebt und dessen Berichterstattung sich durch besonders gewissenhafte Urteile und Prognosen auszeichnet, hat in der Berner Zeitung *Der Bund* (Nr. 369) einen aufsehenerregenden Leitartikel veröffentlicht. Wir wollen diese Analyse der Verschlechterung der amerikanisch-deutschen Beziehungen in ihren wichtigsten Teilen wörtlich wiedergeben:

„Zur gleichen Zeit, da Eisenhower in Bonn erschien, um mit Adenauer die Voraussetzungen zu einem Dialog mit Chruschtschow zu besprechen, erhielt der Schreiber dieser Zeilen aus zuverlässiger und gewöhnlich sehr gut informierter Quelle in Washington Mitteilungen über eine Abkühlung der bisher so tadellosen amerikanisch-deutschen Beziehungen. Obwohl diese Mitteilungen im Widerspruch zu den Freundschaftsbekundungen in Bonn stehen, und obwohl sie wahrscheinlich von amtlichen Stellen demontiert werden dürften, sollen sie hier doch sachlich und leidenschaftslos dargelegt werden, zumal da sie mit Erscheinungen übereinstimmen, die sich umrißmäßig schon seit einigen Wochen abzeichneten.

Die Krise in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Deutschen Bundesrepublik hat zwei verschiedene Brennpunkte: einmal England und dann die östlichen Satellitenländer, vor allem Polen. Beide Ansatzpunkte sind schon seit einiger Zeit vorhanden, und das zu unterstreichen ist wichtig. Sie gehen nämlich bereits auf die Zeit zurück, da Dulles noch amerikanischer Außenminister war; man kann also nicht sagen, daß Herter die Krise heraufbeschworen habe... Wohl aber ist richtig, daß das Staatsdepartement sehr wenig erbaut ist von dem Stand der deutschen Beziehungen zu England.

Aber während man darin nur eine gleichsam stilistische Unschönheit innerhalb der westlichen Alliiertengruppen zu sehen braucht, ist das andere Krisenzentrum, die Frage der Beziehungen der Bundesrepublik zu den Satellitenstaaten, ernster zu nehmen. Washington hat für den formaljuristischen Standpunkt, keine diplomatischen Beziehungen zu Ländern zu unterhalten, die die ostdeutsche Regierung, DDR, anerkennen, nie sehr viel übrig gehabt und seine Anwendung gegenüber Jugoslawien seinerzeit mißbilligt. Unabhängig aber von diesem älteren und gleichsam prinzipiellen Kopfschütteln hat das amerikanische Staatsdepartement diesen ganzen Sommer hindurch in Bonn stets eine Öffnung nach Osten befürwortet. In erster Linie gilt das für Polen. Der Plan eines Nichtangriffspaktes mit Polen fand in Washington völlige Zustimmung; daß die Bundesregierung ihn wie-

der fallenließ, wird als erhebliches Fehlmanöver angesehen.

Dies gilt erst recht seit der Rückkehr Nixons aus Warschau. Der Vizepräsident hat mit seinen Berichten starken Eindruck gemacht. Nixon gab ein gomulkafreundlich gefärbtes Bild und ließ zum mindesten durchblicken, daß man für die polnische Reserviertheit gegenüber der Bundesrepublik und ihrem Wiedervereinigungsziel etwas Verständnis aufbringen müßte. Es kann zwar nicht mit Bestimmtheit versichert werden, läßt sich aber durchaus denken, daß die jetzt in Washington zirkulierende These, man solle auf die Wiedervereinigungspareole vorderhand verzichten, weil der Status quo das beste sei, was sich augenblicklich denken ließe, auf die Reiseeindrücke Nixons zurückgeht.

Was wird das alles praktisch bedeuten? Zwei Dinge stehen offenbar bevor: einmal eine vermehrte Unabhängigkeit der amerikanischen Europapolitik von den Wünschen und Warnungen Adenauers, und zweitens ein Abklingen oder eine Dämpfung der amerikanischen Forderungen nach Wiedervereinigung. Amerika wünscht, darüber besteht kein Zweifel, die Bundesrepublik zu schützen und zu stützen; es wünscht sie sich als Freund und Verbündeten, es befürwortet weiterhin die westliche Integration und den einheitlichen Markt, und es wird vor allem auch weiterhin treu zu Berlin stehen. Aber Vorstöße über den Status quo hinaus und aktive Beihilfe zu einer wie auch immer konzipierten Wiedervereinigung wird man von Washington fortan weniger als bisher erwarten dürfen. Und im Fall von Reibungen zwischen Bonn und London werden die amerikanischen Sympathien künftig nicht mehr vorwiegend durch den deutschen Bundeskanzler beeinflußt werden können.“

Der Kommunismus ist gefährlicher geworden

Im Rahmen der Diskussion über die Wiener Weltjugendfestspiele und über das Verhalten der Antikommunisten bei solchen Gelegenheiten macht unser Mitarbeiter *Lorenz Knorr* in der *Frankfurter Rundschau* (Nr. 184) Bemerkungen von ebenso aktueller wie grundsätzlicher Bedeutung:

„Ich war als Journalist und Gast einer österreichischen Jugendorganisation, die nicht am Festival teilnahm, während der Weltjugendfestspiele in Wien. Mit anderen Kollegen bin ich der Auffassung, daß die »Gegenaktionen« kaum wirksam wurden, weil sie auf einer falschen Einschätzung der Situation beruhten. Vielleicht darf man als Konsequenz für die Zukunft festhalten, daß jeder Diskussionsredner gegen Kommunisten unterliegen muß, wenn er auf die Propagandalügen mancher westlicher Regierungen vertraut. Sie sind nach fünf Minuten ernsthaften Gesprächs unbrauchbar. Der Kommunismus ist nämlich unterdessen viel gefährlicher

geworden, als er zu Stalins Zeiten noch war. Die dumme Prahlerei mit unserem Lebensstandard imponiert dieser Jugend nicht. Erinnerungen an Tibet, Ungarn und Doktor Schiwago waren dann völlig wirkungslos, wenn man sie provokativ vortrug. Nur durch sachliche Gespräche konnte man die schwachen Punkte finden: Ostjustiz, Revisionismus usw. und sie zum Nachdenken bringen. Man muß schon sehr viel politisches Wissen haben, wenn man gegen diese Jugend bestehen will. Das aber ist die Schwäche des Westens, genauer die Schwäche und das Dilemma jener restaurativen Kräfte, die im Westen die meisten Machtpositionen besetzt haben: Widerstandskraft gegen die Angriffe der östlichen Jugend hat nur jemand, der politisch gebildet ist. Politisch gebildete Staatsbürger aber werden die Macht der restaurativen Kräfte im Westen sehr schnell brechen!

Ich habe den Eindruck, daß die vielen nicht-kommunistischen Teilnehmer aus Afrika und Südasien dem Kommunismus ungleich freundlicher gegenüberstehen, als dem westlichen Imperialismus und der US-Weltmacht. Immer wieder konnte man Hinweise auf Suez 1956 und Algerien oder Libanon und Zypern hören. »Der Westen hat kein moralisches Recht, den Kommunismus zu verurteilen! Seine Weste ist schmutziger. Wir haben die Geschichte der letzten hundert Jahre kennengelernt!« Das sagte ein Negerstudent, und er fand Beifall bei den meisten seiner afrikanischen Freunde. Und wenn man die Reaktion des Westens auf das kommunistische Festival abtestete, konnte man eher eine Schwächung der westlichen Position durch die Ungereimtheit seiner Gegenmaßnahmen feststellen als eine Stärkung.

Vielleicht wäre der Westen besser beraten gewesen, wenn er sachlich berichtet und die Anliegen dieser Jugend ernst genommen hätte. Man darf die fällige geistige Auseinandersetzung mit dem Weltkommunismus und seinen potentiellen Helfern nicht auf die leichte Schulter nehmen. Wenn die westlichen Agitatoren nichts Besseres gegen den Kommunismus einzusetzen haben, als sie es in Wien getan haben, dann gute Nacht, westliche Demokratie!

Hinweise

Die grundlegenden Referate, die *Heinrich Guterath* und *Fritz Dahmann* auf der Essener Revierkonferenz am 5. August 1959 vor 2500 Betriebsräten und Funktionären der IG Bergbau gehalten haben, sind im Wortlaut in Nr. 9 der Monatsschrift *Bergbau und Wirtschaft* nachzulesen.

Die Zukunft (Wien) bringt in Heft 8 mehrere wichtige Beiträge: Das Referat, das *Hendrik Vos*, der stellvertretende Vorsitzende der holländischen Arbeiterpartei, auf dem Hamburger Kongreß der Sozialistischen Internationale im Juli 1959 über „Das Problem der unterentwickelten Gebiete“ gehalten hat; eine Untersuchung von *Angelica Balabanoff* über den Stand der sozialistischen Bewegung in Italien; weiter schreibt unser Pariser Mitarbeiter *Georg Scheuer* über „Sozialistische Lenin-Kritik“ und unser Londoner Mitarbeiter *J. W. Brügel* über „Dollfuß und die Austronazi“.

Die Zeitschrift *Soziale Welt* bringt in Heft 2 ihres 10. Jahrgangs zwei Untersuchungen zum Angestelltenproblem: „Soziologie der Angestellten — hinter der Zeit zurück?“ von *Ernst August Jüres* und „Zur Geschichte der Angestelltenverbände 1774—1914“ von *Gurt Hennig*. Im gleichen Heft interessieren: „Optimismus und Pessimismus in den Sozialwissenschaften“ (*Leopold v. Wiese*), „Der Dienst der Kirche in der industriellen Gesellschaft“ (*Hans Thimme*), „Der Clochard — Betrachtungen zum Typ eines Vagabunden unserer Zeit“ (*Raymund Krisam*) und „Erwachsenen- und Arbeiterfortbildung in England“ (*Paul Wohlfahrth*).

Die erziehungswissenschaftliche Zeitschrift *Die deutsche Schule* (Hermann Schroedel Verlag Darmstadt) hat ihr Heft 7/8 einer Diskussion des „Rahmenplans zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemeinbildenden öffentlichen Schulwesens“ gewidmet. Besonders beachtenswert sind die „Gedanken eines Schulpolitikers“ aus der Feder von *Karl Bungardt*.

W.F.